



Nach der Grundsteuer wird nun auch die Wohnsteuer für Zweitwohnsitze in die Höhe schnellen. Insgesamt 5.000 französischen Gemeinden könnten bald eine Steuererhöhung einführen. Eine Maßnahme, mit der Wohnungsknappheit und steigende Hauspreise vermieden werden sollen.

In Roquebrune-Cap-Martin (Alpes-Maritimes) ist es in letzter Zeit schwierig, eine Wohnung zu finden. Die Preise explodieren und um wieder freie Mietobjekte zu bekommen, wird die Stadtverwaltung die Steuer auf Zweitwohnsitze erhöhen. **Die Erhöhung kann ab dem nächsten Jahr 40% bis 60% betragen.** Eine Entscheidung, die die Einwohnern durchaus billigen. „Wenn man nicht dort wohnt, ist es normal, dass die Leute etwas mehr zahlen“, argumentiert eine Einwohnerin auf France 2. Die Hausbesitzer fühlen sich jedoch benachteiligt.

5.000 Gemeinden könnten diese Steuererhöhung bald anwenden.

„Wir haben unser ganzes Leben lang ziemlich viel gespart, für ein bisschen Freiheit. Und jetzt werden wir für ein Haus zur Kasse gebeten, für das wir jahrelang gespart haben“, sagt Jean-Luc Cléau, ein Hausbesitzer. Bisher konnten 1.140 Städte solche Maßnahmen anwenden, aber ein Änderungsantrag hat dies gerade auf 5.000 Gemeinden ausgeweitet. Ziel ist es, Geld einzunehmen, um Wohnungen für Bewohner zu bauen. „Vielleicht hält das einige Eigentümer davon ab und sie geben ihre Immobilien auf den Markt zur Miete“, kommentiert Hervé Chérubini, Bürgermeister von Saint-Rémy-de-Provence (Bouches-du-Rhône), der diese Maßnahme befürwortet.